

**Motion Fraktion SP/JUSO (Corinne Mathieu, SP) vom 14. September 2006:
Einrichtung von Ganztagesesschulen in der Stadt Bern; Punkt 1 Fristverlängerung**

Die Anstrengungen der Stadt Bern auf dem Gebiet der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie der Schule als Lebensort sind vielfältig: Die Plätze in den Kindertagesstätten werden laufend erhöht, ein flächendeckendes Netz an Tagesschulen Mitte 2007 in der Stadt Realität – damit ist ein Etappenziel erreicht. Die SP fordert nun die zweite Etappe: Die Einrichtung von Ganztagesesschulen in der Stadt Bern. Die Stadt soll in Sachen Ganztagesesschulen eine Vorreiterrolle übernehmen, denn langfristig verhelfen diese der Stadt zu einem Standortvorteil. In der gemeinderätlichen Bildungsstrategie sind mittelfristig Pilotprojekte vorgesehen. Die SP ist der Ansicht, dass dieses Vorhaben rasch angegangen werden muss und nicht auf die lange Bank geschoben werden darf.

Ganztagesesschulen können von morgens 7.00 Uhr bis abends 18.00 Uhr offen sein. Die Schülerinnen und Schüler verbringen den ganzen Tag in der Schule. Die Teilnahme ist nicht fakultativ. Ob neuer Unterricht, individuelle Förderung, kreative Freizeitgestaltung oder eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie – Ganztagesesschulen bieten eine Fülle von Vorteilen und bessere Voraussetzungen, um Kinder zu eigenverantwortlich handelnden, kreativen Persönlichkeiten heranwachsen zu lassen.

Ganztagesesschulen heisst Schule neu denken, denn diese bieten weit mehr als neue Öffnungszeiten – sie begünstigen eine Lehr- und Lernkultur, die auf die Interessen und Voraussetzungen des einzelnen Kindes eingeht, die Schülerinnen und Schüler zur Selbstständigkeit erzieht und Freude am Lernen und an Leistung vermittelt. Ganztagesesschulen leisten einen wichtigen Beitrag zu Chancengleichheit. Ein umfangreiches Angebot an zusätzlichen Aktivitäten gibt den Kindern die Möglichkeit, ihre besonderen Fähigkeiten zu entdecken und zu entfalten.

Aus diesen Gründen wird der Gemeinderat aufgefordert

1. ein Konzept für die Einführung von Ganztagesesschulen auszuarbeiten
2. die notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen für ein Pilotprojekt bereitzustellen.

Bern, 14. September 2006

Motion Fraktion SP/JUSO (Corinne Mathieu, SP), Liselotte Lüscher, Andreas Zysset, Thomas Göttin, Christof Berger, Andreas Flückiger, Ruedi Keller, Rolf Schuler, Annette Lehmann, Sönmez Hasim, Patrizia Mordini, Ursula Marti, Giovanna Battagliero, Miriam Schwarz, Stefan Jordi, Raymond Anliker, Sarah Kämpf

Bericht des Gemeinderats

Punkt 1 der Motion wurde mit SRB 200 vom 10. Mai 2007 als Motion überwiesen und Punkt 2 wurde als Postulat erheblich erklärt.

Wie bereits im Bericht/Antrag auf Fristverlängerung zu Punkt 2 ausgeführt, ist der Gemeinderat der Meinung, dass Ganztageseschulen eine zukunftsweisende Form von Unterricht und schulergänzender Betreuung sind. Im Vergleich zu den heutigen freiwilligen und individuell genutzten Tagesschulen können Ganztageseschulen die Integration und die Bildungschancen aller Schülerinnen und Schüler verbessern. Der Gemeinderat ist deshalb überzeugt, dass das in der Motion verlangte Konzept für einen Pilotversuch notwendig ist als Entscheidungsgrundlage für den Start eines allfälligen Pilotversuchs Ganztageseschule in der Stadt Bern. Die Direktion für Bildung, Soziales und Sport hat dafür dem Schulamt einen Projektauftrag erteilt.

Folgende Ziele sollen verfolgt werden:

- Es besteht ein Konzept für die Einrichtung einer Pilot-Ganztageseschule.
- Die jährlichen Kosten für die Führung einer Pilot-Ganztageseschule sind bekannt.
- Der Schulstandort für den Pilotversuch ist in die Grundlagenerarbeitung einbezogen.

Der Projektauftrag lautet:

- Erarbeitung eines Konzeptes „Pilot-Ganztageseschule“ auf der Grundlage von fünf bekannten Modellen und Begründung für die Modellwahl.
- Erarbeitung aller relevanter Informationen betr. pädagogischer Anforderungen, schulorganisatorischer Aspekte, Raumbedarf, Finanzbedarf.
- Aufzeigen möglicher Varianten der Umsetzung.
- Einbezug einer interessierten Schule in den Entwicklungsprozess.
- Klärung der Finanzierung mit der Erziehungsdirektion.
- Prüfung der Zusammenarbeit mit der Pädagogischen Hochschule Bern zur wissenschaftlichen Begleitung des Projekts.

Es ist geplant, das Konzept für eine Ganztageseschule mit einer ausgewählten Schule zu erarbeiten, die gegebenenfalls den Pilotversuch auch durchführen wird, insoweit er finanzierbar ist. Die Konferenz der Schulleitungen wurde gebeten, die Schule auszuwählen.

Danach soll eine Projektgruppe unter Führung der Leiterin des Schulamts die Konzeptarbeit aufnehmen. Gemäss Projektauftrag soll das Konzept bis im Frühling 2010 vorliegen, so dass anschliessend der Grundsatzentscheid gefällt werden kann, ob ein Pilotprojekt gestartet werden kann oder nicht. Dies würde bedingen, dass die notwendigen Finanzen im IAFP 2012 – 2014 eingestellt werden müssten.

Das Konzept soll folgende Inhalte aufweisen:

1. Ausgangslage
2. Modelle von Ganztageseschulen
3. Modellentscheid mit Begründung
4. Eckwerte des Konzepts unter Berücksichtigung der Freiwilligkeit für Schülerinnen und Schüler
5. Umsetzungsplanung
6. Infrastrukturen/Raumbedarf
7. Finanzen/personelle Ressourcen

Fristverlängerung für die Umsetzung

Nach Erheblicherklärung von Punkt 1 der vorliegenden Motion am 10. Mai 2007 müsste der Gemeinderat in der ersten Hälfte Mai 2009 das Konzept für den Start eines Pilotversuchs vorlegen.

Ende Mai 2008 hat der Gemeinderat den Antrag auf Fristverlängerung zur Abgabe des Prüfungsberichts zu Punkt 2 des Vorstosses mit drei grösseren vorrangigen schulischen Reformprojekten mit Ressourcenbindung, mit der lange Zeit umstrittenen gesetzlichen Zuordnung des Tagesschulangebots sowie mit der gegenseitigen inhaltlichen Abhängigkeit der beiden Forderungen des Vorstosses - Erarbeitung Konzept/Bereitstellung der finanziellen und personellen Ressourcen für ein Pilotprojekt - begründet. Der Stadtrat hat in der Folge einer Verlängerung der Frist bis August 2010 zur Abgabe des Prüfungsberichts zu Punkt 2 des Vorstosses zugestimmt.

Der vorliegende Antrag auf Verlängerung der Frist für die Umsetzung von Punkt 1 des Vorstosses begründet sich analog.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Die Folgen für das Personal und die Finanzen werden im Prüfungsbericht zu Punkt 2 des Vorstosses dargelegt.

Antrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Gemeinderats zur Motion Fraktion SP/JUSO (Corinne Mathieu Neuhaus, SP) vom 14. September 2006: Einrichtung von Ganztageschulen in der Stadt Bern; Punkt 1 Fristverlängerung.
2. Er stimmt einer Fristverlängerung für die Umsetzung von Punkt 1 bis August 2010 (analog der gewährten Fristverlängerung zur Abgabe des Prüfungsberichts zu Punkt 2) zu.

Bern, 6. Mai 2009

Der Gemeinderat